Mündliche Anfrage mit Antwort vom 18.02.2011

des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration auf die Frage 3 der Abg. Marco Brunotte, Markus Brinkmann, Ulla Groskurt, Stefan Klein, Dr. Silke Lesemann, Matthias Möhle, Uwe Schwarz, Petra Tiemann und Ulrich Watermann (SPD)

Kürzungen bei der „Sozialen Stadt“ - Welche Auswirkungen haben die Kürzungen auf die Kommunen in Niedersachsen?

Mit dem schwarz-gelben Bundeshaushalt 2011 wurde am 23. November 2011 das faktische Aus des erfolgreichen Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ beschlossen. Die Mittel des Bundes werden von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro um 70 % zurückgefahren. Die Ausgaben sollen auf „investive Maßnahmen“, also bauliche Maßnahmen, konzentriert werden. Insgesamt fährt die Bundesregierung die Städtebauförderung massiv zurück. Es stehen 2011 mit 455 Millionen Euro 15 % weniger Mittel zur Verfügung. Dabei wurde vor allem beim Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ gekürzt und wurden so soziale Projekte massiv in ihrem Bestand bedroht.

In den Wohngebieten, die als soziale Brennpunkte gelten, leben aber häufig aus anderen Ländern zugewanderte Menschen. Sozialräumliche Integration erfordert die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, organisiert auf Stadtteil oder Quartiersebene. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen müssen sich auf verschiedene Handlungsfelder beziehen und an die Lebenslagen der Bevölkerungsgruppen anknüpfen. Durch das Programm „Soziale Stadt“ werden seit vielen Jahren diese integrationsfördernden Maßnahmen initiiert und gefördert.

Diese Entscheidung bedroht nun nach zehn Jahren engagierter Arbeit in Stadtteilen und Wohngebieten den sozialen Frieden in Städten und Gemeinden. Gerade der Ansatz, neben baulichen Verbesserungen in Vierteln, die als soziale Brennpunkte galten und gelten, auch die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort z. B. durch Nachbarschaftszentren, Hausaufgabenhilfen und Freizeitangebote für Jugendliche zu verbessern, hat sich bewährt. Vor allem, weil die „Soziale Stadt“ die Bewohnerinnen und Bewohner des betreffenden Viertels direkt an den Entscheidungen beteiligt, ist das Programm so erfolgreich. Die Menschen fühlen sich so ernst-, wahr- und mitgenommen. Sie arbeiten daran mit, dass ihre Wohngegend wieder liebens- und lebenswerter wird. Das trägt auch dazu bei, dass die Verbesserungen langfristig tragen, weil sich die Menschen mit ihrem Viertel identifizieren, miteinander reden und z. B. in Quartiersräten gemeinsam daran arbeiten, dass sich die Situation in ihrem Viertel positiv verändert. Die Stärke der „Sozialen Stadt“ liegt auch darin, dass durch das sogenannte Quartiermanagement alles aus einer Hand kommt und ressortübergreifend organisiert wird.

Für die Zukunft ist offen, wie Wohnungswirtschaft, Sozialverbände, Kommunen und Akteure vor Ort in ihrem erfolgreichen Engagement in sozialen Brennpunkten unterstützt werden sollen. Aktuell werden 32 Maßnahmen im

Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ in Niedersachsen gefördert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen werden die genannten Kürzungen konkret auf die sozialen Projekte in Niedersachsen haben, wie viele werden entfallen?

2. Wie stellte sich die Landesregierung zu den Kürzungen, hält sie diese aus sozialpolitischen und städtebaulichen Gründen für problematisch?

3. Wie sollen die Maßnahmen in den betroffenen Kommunen bei einem Wegfall bzw. einer Kürzung der Förderung fortgeführt werden?

Antwort:

Den Bauministerinnen und Bauministern der Länder ist es gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden gelungen, den Bund zu einer teilweisen Rücknahme seiner Kürzungsbeschlüsse zulasten der Städtebauförderung für das Programmjahr 2011 zu bewegen. Damit konnte erreicht werden, dass die vom Bund beabsichtigte Reduzierung der Bundesfinanzhilfen für das Städtebauförderungsprogramm 2011 halbiert worden ist.

Die Einschnitte zulasten des Programms „Soziale Stadt“ hingegen sind bedauerlich und beruhen auf entsprechenden Vorgaben des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Dieser hatte völlig überraschend und ohne dass die Länder darauf Einfluss nehmen konnten, die Kürzungen beschlossen, die dann im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundeshaushalt 2011 wirksam geworden sind. Die im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundeshaushalt 2011 beschlossene Kürzung für das Programm „Soziale Stadt“ beschränkt sich auf das Haushalts- bzw. Programmjahr 2011. Die weitere Entwicklung für das Programmjahr 2012 ist derzeit noch nicht absehbar.

Das Land Niedersachsen wird deshalb seine Bemühungen für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Städtebauförderungsprogramme kontinuierlich fortsetzen und sich gemeinsam mit den anderen Bundesländern dabei insbesondere auch für eine wieder angemessene finanzielle Ausstattung des Programms „Soziale Stadt“ einsetzen. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben hierzu bereits ihre Unterstützung signalisiert.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Bund inzwischen eine neue Förderrunde für das von der EU geförderte Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) gestartet hat. Damit stehen von 2011 bis 2014 83 Millionen Euro für Projekte in den Städten und Gemeinden bereit, die zur Integration beitragen. Die entsprechende Ausschreibung des Bundes richtet sich insbesondere an die Programmgebiete der „Sozialen Stadt“.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

In Niedersachsen befinden sich derzeit 31 Gesamtmaßnahmen mit einem Fördermittelbedarf für investive Maßnahmen in Höhe von aktuell rund 100 Millionen Euro in der Förderung des Programms „Soziale Stadt“.

Niedersachsen hat zur notwendigen Stärkung der Konjunktur und im Hinblick auf den hohen Fördermittelbedarf im investiven Bereich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auch die Finanzhilfen des Bundes für „Modellvorhaben der Sozialen Stadt“ zur Förderung von „investiven Maßnahmen“ und deren Vorbereitung einzusetzen. Somit wirkt sich die Vorgabe des Bundeshaushaltsgesetzgebers, die Städtebauförderungsmittel auf „investive Maßnahmen“ zu konzentrieren, für die niedersächsischen Fördergebiete nicht negativ aus.

Zur Erhaltung der in der vergangenen Laufzeit des Programms aufgebauten Beteiligungsstrukturen in den Fördergebieten wird es erforderlich sein, die reduzierten Programmmittel des Programmjahres 2011 - soweit möglich - insbesondere für die Erhaltung dieser Strukturen einzusetzen. Damit könnten die geförderten Kommunen insbesondere auch die Fortsetzung des sogenannten Quartiersmanagements sicherstellen, soweit dies der Vorbereitung von investiven Maßnahmen dient.

Im Hinblick auf die im Programm „Soziale Stadt“ zur Verfügung stehenden Fördermittel aus vorangegangenen Programmjahren (sogenannte Ausgabereste und 2011 wirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen) wird es voraussichtlich auch möglich sein, weitere notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der Fördergebiete im Programmjahr 2011 zu unterstützen.

Auf soziale Projekte in Niedersachsen werden die Kürzungen des Bundes zulasten des Programms „Soziale Stadt“ keine Auswirkungen haben, weil diese auch in der Vergangenheit nicht mit Städtebauförderungsmitteln gefördert worden sind. Soziale Projekte werden in Niedersachsen mit Fördermitteln einschlägiger Förderprogramme gefördert. Entsprechendes gilt für die Förderung von integrationsfördernden Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund.

Zu 2:
Die Landesregierung bedauert die Kürzungen zulasten des Programms „Soziale Stadt“ sowohl aus sozialpolitischen Gründen als auch aus städtebaulichen Gründen. Daher hat die Sozialministerin im Januar 2011 an den Bundesbauminister appelliert, der gemeinsamen Verantwortung des Bundes und der Länder für die sich in der Förderung befindlichen sozial benachteiligten Stadtquartiere gerecht zu werden und sich dafür einzusetzen, dass Einschnitte zulasten des Programms „Soziale Stadt“ im Programmjahr 2012 vermieden werden.

Zu 3:
Im Programmjahr 2011 wird es insbesondere darauf ankommen, die aufgebauten Beteiligungsstrukturen zu erhalten und die reduzierten Fördermittel auf die Fortführung des Quartiersmanagements zu konzentrieren. Dies muss im Einklang mit dem geltenden Förderrecht (d. h. im Zusammenhang mit der Vorbereitung investiver Maßnahmen) geschehen. Gleichzeitig müssen die Kommunen die Gelegenheit nutzen, die noch zur Verfügung stehenden Ausgabereste abzubauen. Im Übrigen wird auf die Beantwortung zu 1. verwiesen.